



Haushalt 2023

Rat der Stadt Emsdetten am Donnerstag, 29.09.2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Ein Haushalt ist immer eine Gemeinschaftsaktion.

Daher meinen besonderen Dank an Herrn Magnus und sein Team und an die Fachdienste, die in diesen extrem unruhigen Zeiten dennoch mit der gewohnten Qualität und Sorgfalt diesen Haushalt mit uns gemeinsam aufgestellt haben.

- **Ergebnisplan und Finanzplan – Gesamtüberblick**
 - **Ursachen**
 - **Liquidität**
 - **Entwicklung der Rücklagen**
 - **Haushaltssicherungskonzept**
 - **Finanzierung Investitionen und Schuldenstand**
-

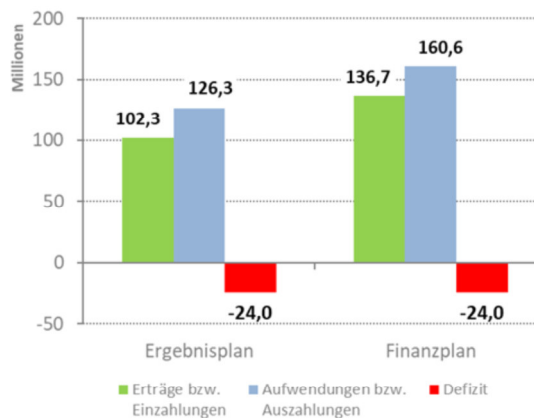
Anders als in den Vorjahren verzichte ich auf die Einzelpositionen Kreisumlage, Schlüsselzuweisungen, Gewerbe- und Einkommensteuer. Im Vorbericht stehen dazu ausführliche Informationen und im HFSA am 20.10. werde ich die Details dazu auch erläutern.

Mir ist wichtig, dass Sie die wesentlichen Ursachen des Defizites kennen und ich Ihnen die haushaltsrechtlichen Folgen aufzeige, die daraus entstehen bzw. entstehen können.

Aber zunächst der Gesamtüberblick.

Gesamtpläne 2023

- **originärer Ergebnisplan**
Jahresergebnis:
- 23,98 Mio. €
- **originärer Finanzplan**
Defizit:
- 23,98 Mio. €
- **Corona-Isolierung**
0,84 Mio. €
- **gesetzlich vorgeschriebener Haushaltsausgleich nicht erreicht**



Das Jahresergebnis ist mit rd. 23,14 Mio. € defizitär. Infolge dessen werden rd. 24 Mio. € Liquidität abgebaut.

Die Corona-Isolierung haben wir deutlich zurückgenommen, weil wir die Aufwendungen auf den Stand 2020 zurückgefahren haben, bevor die Corona-Pandemie begann. Das bezieht sich im Wesentlichen auf die Aufwendungen für Reinigung und Beschaffung von Hygieneartikeln. Was bleibt ist noch die Isolierung des Anteils an der Einkommensteuer, der immer noch nicht den Stand hat wie ursprünglich im Plan 2020 für 2023 vorgesehen.

Die Aufwendungen aufgrund der Folgen der Ukraine-Krise haben wir noch nicht isoliert, weil es bis gestern auch noch nicht zulässig war. Das werden wir nachholen und evtl. schon zum HFSA am 20.10. vorbereiten.

Den in der Gemeindeordnung gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich werden wir planerisch nicht darstellen können. Welche weiteren haushaltsrechtliche Folgen das auslösen kann, erkläre ich gleich noch.

Wir haben aber eine gute Ausgangslage, und können froh sein, dass wir in den letzten Jahren in Emsdetten gut gewirtschaftet haben. Die Ausgleichsrücklage ist gefüllt, so dass wir dieses Jahr einen genehmigungsfreien Haushalt werden vorlegen können.

Die gute Liquidität, die wir bisher hatten, hat uns sowohl letztes als auch dieses Jahr gut durch die Krise geholfen.

Wie weit die Liquidität noch reicht bleibt abzuwarten.

Aber zunächst erst einmal zu den Ursachen des Defizites.

Warum ist das im Vergleich zu 2022 bzw. zur Prognose 2022 so hoch?

Ursachen - wesentliche Faktoren im Vergleich zur Prognose 2022

Prognose 2022	-2,4 Mio. €
Plan 2023	-23,1 Mio. €
• Gewinn Abwasserwerk	- 3,4 Mio. €
• Gewerbesteuer	- 1,6 Mio. €
• Kreisumlage	+ 4,5 Mio. €
• Energiekosten	+ 4,3 Mio. €
• Personal- und Versorgungsaufwand	+ 3,6 Mio. €
• Instandhaltung	+ 1,0 Mio. €

Es treffen mehrere Entwicklungen aufeinander:

Sinkende Erträge – steigende Aufwendungen

OVG-Urteil und kalkulatorische Fremdkapitalverzinsung: Es gab immer schon Diskussionen im HFSA, ob die Ausschüttung der Verzinsung richtig ist und ob nicht eine Abschaffung der Ausschüttung bei gleichzeitiger Anhebung der Grundsteuer die bessere Lösung wäre. Jetzt hat uns das OVG diese Entscheidung abgenommen. Allerdings schlagen wir im Entwurf nur Anhebung der Hebesätze der Grundsteuern auf die fiktiven Hebesätze vor. Es gibt seit ein paar Tagen einen Gesetzentwurf zum KAG, der gestern in den Landtag eingebracht wurde. Dieser muss aber erst noch beschlossen werden und die Auswirkungen auf die Gebührenkalkulation sind noch nicht abschließend geprüft. Dazu wird im Betriebsausschuss noch informiert werden.

Gewerbesteuer: hohe Prognose in 2022, aber auch Einmaleffekte, deshalb ein leichter Rückgang

Kreisumlage: Der Kreis hat - genau wie wir – steigende Energiekosten eingeplant, darüber hinaus steigt die Umlage für den Landschaftsverband. Der Kreis beabsichtigt, diese Kosten vollständig an die Kommunen weiterzugeben. Für den städt. Haushalt ist eine erheblich höhere Summe an den Kreis zu zahlen, nächstes Jahr rd. 20 Mio. €. Auf den Kämmerertagungen der letzten Wochen herrschte zum Teil Rat- und Hilfslosigkeit angesichts der steigenden Umlagen. Umlagen zu erhöhen ist einfacher als die Grundsteuern anzuheben – da machen es sich die Umlageverbände einfach. Ich bin auf die Beratung und Beschlussfassung im Kreistag gespannt.

Die beiden Positionen Verzinsung OVG-Urteil und Kreisumlage zusammengenommen (und auf beide haben wir keinen unmittelbaren Einfluss) hätten eine Verdopplung der Grundsteuer B zur Folge.

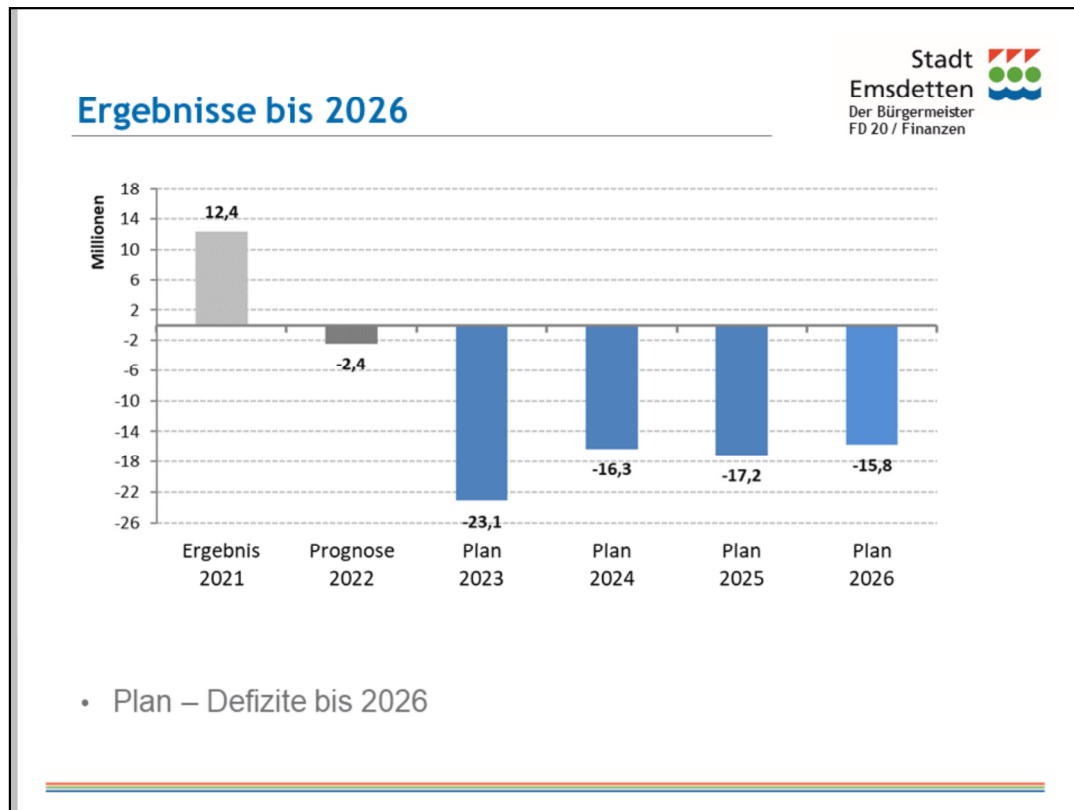
Die Energiekosten steigen – wie bei jedem privaten Haushalt auch. Hier besteht noch die Option – sofern der Landtag dem Gesetzentwurf zustimmt – die Kosten für die Aufwendungen aufgrund der Folgen des Ukraine-Krieges zu isolieren. Der Entwurf sieht eine Pflicht zu Isolierung vor – analog zu den Schäden aufgrund der Corona-Krise.

Personal- und Versorgungsaufwendungen: Wir werden mehr und die Tarifabschlüsse sind umzusetzen. Für jeden von uns erfreulich – aber in Summe für die Stadt natürlich nicht unerheblich. Die Vorlage und der Entwurf zum Stellenplan ist in Vorbereitung und wird am 20.10. im HFSA vorgestellt.

Instandhaltung ist notwendig, um z.B. barrierefreie Erschließung von Gebäuden zu gewährleisten – aber auch um unsere Gebäude im jetzigen Zustand zu halten.

Diese von mir nur kurz beschriebenen Folgen sind von uns einzuplanen – eine Gegenfinanzierung gibt es dazu nicht.

Und die meisten der Folgen sind leider auch nachhaltig – und das führt in der mittelfristigen Finanzplanung zu Problemen.



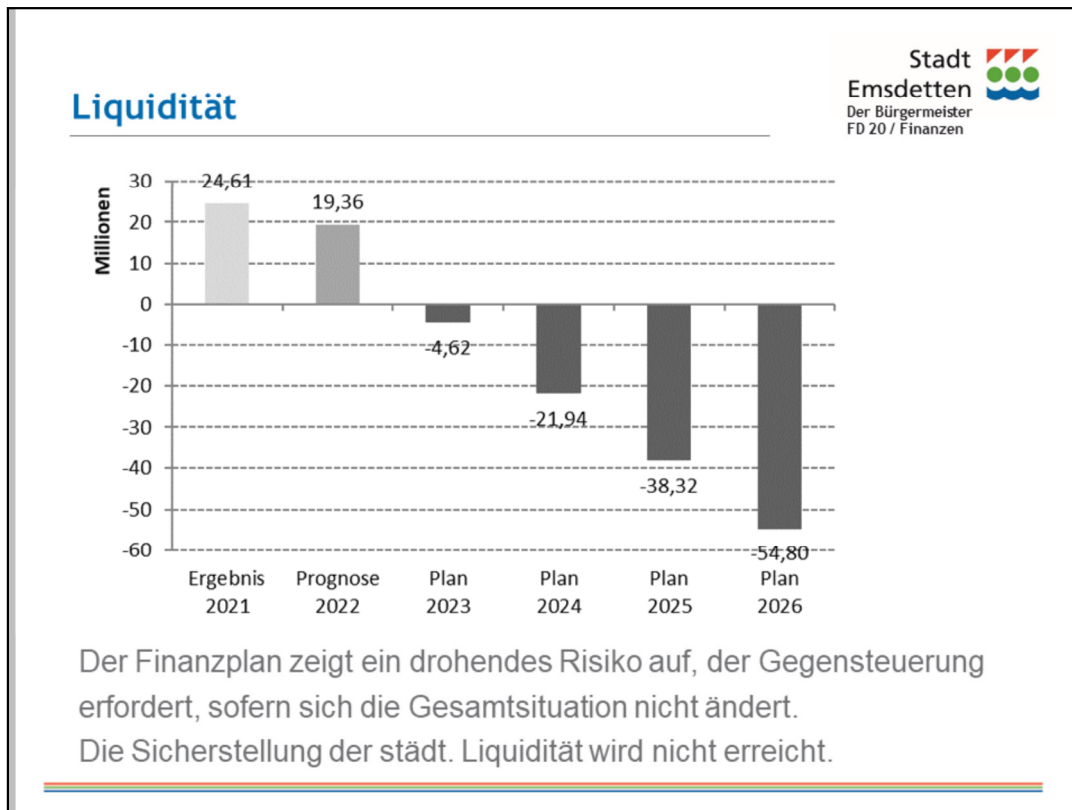
Die Planungen ab 2023 führen aktuell ebenfalls zu defizitären Ergebnissen.

Und es gibt Sachverhalte, die noch nicht vollständig berücksichtigt sind, wie z.B. die Auswirkungen des SGB VIII, weil diese für uns immer noch nicht kalkulierbar sind oder weiter steigende Fallzahlen im Bereich der Jugendhilfe.

Steigende Steuererträge sind eingeplant anhand der Orientierungsdaten des Vorjahres, die neuen liegen noch nicht vor. Ob die Plandaten für Gewerbe- und Einkommensteuer realistisch sind? Das werden die nächsten Wochen zeigen. Es gibt bereits Kommunen, bei denen die Gewerbesteuer stark zurückgeht. Auch bei uns liegen erste, wenige aber nicht unerhebliche Absetzungen vor.

Haushaltsrechtlich gibt es dadurch erhebliche Probleme, die Ausgleichsrücklage ist zwar groß genug, um die Defizite des Jahres 2023 und 2024 auszugleichen, aber dann wird es problematisch.

Das weitere, große Problem, was daraus entsteht ist die fehlende Liquidität ...



Die Entwicklung war in den vergangenen Jahren oft besser als geplant. Insofern ist dies ein Risikoszenario, das sich aus den Plandaten ergibt. Aber diese Entwicklung droht, und es werden die Gegensteuerungsmaßnahmen notwendig, sofern sich an der Ausgangssituation nichts ändert. Das gesetzlich verankerte Ziel „Sicherstellung der Liquidität“ ist verfehlt.

Problem bei dieser Planung: aus den laufenden Einnahmen kann die Rückzahlung der Kredite nicht beglichen werden.

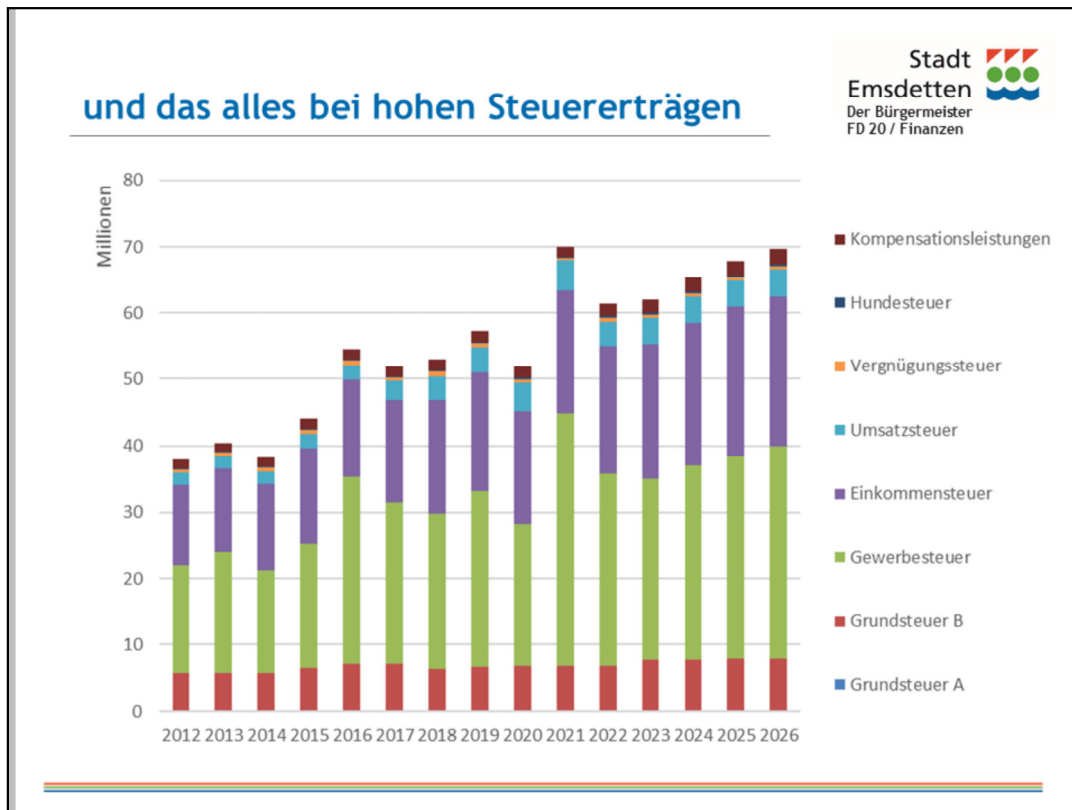
Das ist so, als wenn Sie die Rückzahlung von Krediten, die Sie für Ihr Haus aufgenommen haben, nicht mehr von Ihrem Gehalt bezahlen können, weil ein Teil Ihres Gehaltes entfallen ist und Sie darüber hinaus auch keine Sparreserven haben. Oder anders formuliert: Sie überziehen Ihr Konto, um die Kredite zurückzuzahlen.

Letzten Endes funktioniert ein städtischer Haushalt nur – so wie auch jeder private Haushalt – wenn immer 1 Euro mehr eingenommen als ausgegeben wird. Das ist aktuell nicht der Fall.

Die Liquiditätsrücklage der Stadt ist jedenfalls nach diesen Plandaten im Laufe des Jahres 2023 aufgebraucht.

Wir müssen gemeinsam verhindern, dass wir sehenden Auges in eine hohe

Verschuldung geraten.

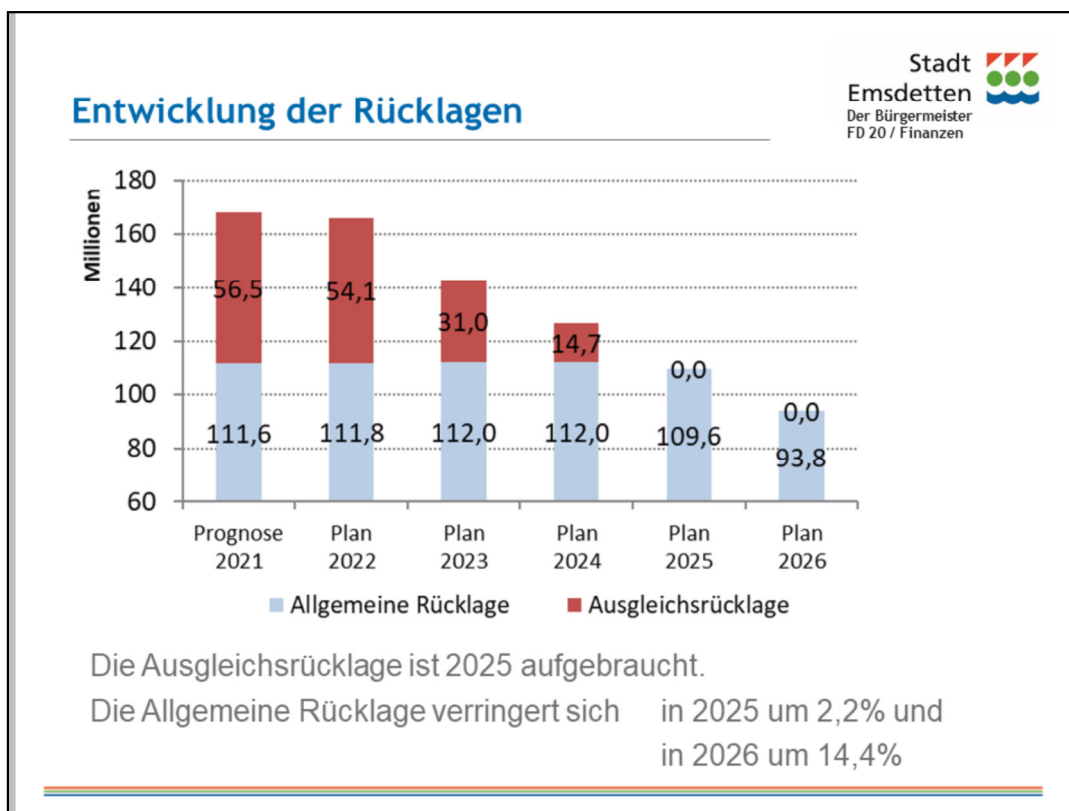


Eingeplant sind für die Jahre 2023 bis 2026 Steuererträge zwischen 61 Mio. € und 70 Mio. €.

Aber was passiert, wenn diese Steuererträge nicht eintreffen?

Wenn sie höher sind – alles gut, aber wenn sie geringer ausfallen – dann wird unser Problem größer und die Schulden steigen.

Aber bevor ich zur Verschuldung komme erst noch ein Blick auf die haushaltsrechtlichen Rücklagen.



Die gute Ausgleichsrücklage, die wir in den letzten Jahren aufbauen konnten, wird für die Jahre 2023 und 2024 reichen, aber ab 2025 wird die allgemeine Rücklage verringert werden – sofern sich an der Gesamtsituation nichts ändert.

Bei dieser Situation droht ein Haushaltssicherungskonzept und das nicht erst in 2025 oder 2026, sondern schon für den Entwurf des nächsten Jahres 2024. Wenn sich also an dieser Situation nichts ändert, werden wir für den Haushalt 2024 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen – also schon in 12 Monaten.

Warum ist das so?

§ 76 GO schreibt ein HSK vor, sofern geplant wird, in zwei aufeinander folgenden Jahren den Wert der Allgemeinen Rücklage des Vorjahres um mehr als 5% zu verringern.

Diesen Wert reißen wir in 2026, und die Defizite sind dann ja nicht weg, sondern in 2027 wird es ähnlich hoch sein wie in 2026. Und das heißt: HSK zum Entwurf 2024 – also in 12 Monaten.

Jetzt denkt bestimmt jemand hier im Ratssaal: So schlimm wird es schon nicht!

Ja, mag sein

Aber wenn sich an der Gesamtsituation nichts ändert, die Aufwendungen in der Höhe bleiben wie sie sind und auch die Erträge nicht anders werden – dann ist

das HSK nicht mehr weit weg. Und wir müssen gemeinsam gegensteuern.

Einige von Ihnen erinnern sich vielleicht an die Diskussionen zur Konsolidierung in den Jahren ab 2012.

Wir haben das Problem vor 10 Jahren gemeinsam gemeistert – allerdings auch mit Steueranhebungen.

Für viele von Ihnen ist das Thema neu – deshalb werden wir das seitens der Verwaltung auch gut vorbereiten.

Exkurs Haushaltssicherungskonzept

- gesetzliche Grundlage: § 76 GO
- Ziel: Wiederherstellung des Haushaltsausgleiches
- Zeit: 10 Jahre
- Inhalte: Rahmenbedingungen, Auflistung aller Konsolidierungsmaßnahmen mit Erläuterungen zur Umsetzung, Darstellung der Ergebnisentwicklung
- Genehmigungspflicht!
- Prüfung auf Umsetzung und jährliche Fortschreibung
- Wie geht das?
 - Konsolidierung
 - Aufgabenkritik
 - Kürzung freiwilliger Aufgaben
 - Standardsenkung auch im pflichtigen Bereich
 - Einnahmenerhöhung

Ein HSK enthält Maßnahmen, die geeignet sind, dauerhaft den gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich wieder zu erreichen.

Nach § 41 GO ist die Aufstellung der Haushaltssatzung und des HSK Kern- und Pflichtaufgabe des Rates und kann nicht delegiert werden.

D.h. der Rat muss über Konsolidierungsmaßnahmen entscheiden und ist daran gebunden.

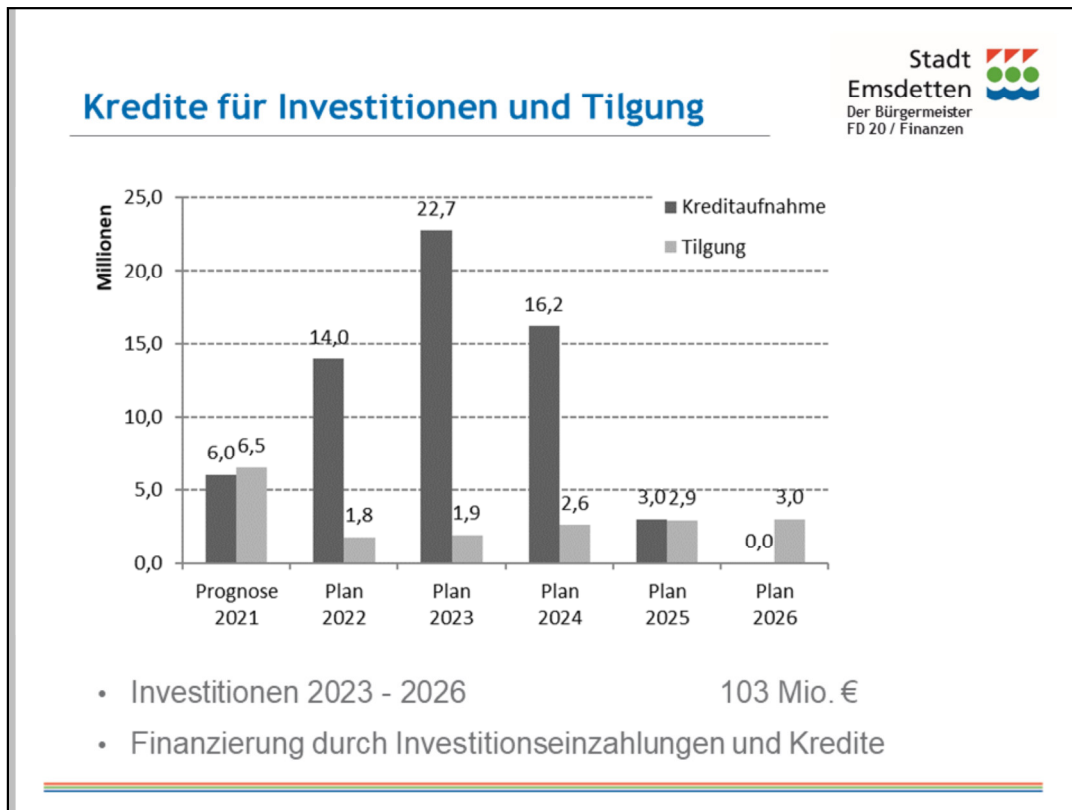
Verwaltung bereitet gemeinsam vor

Optionen werden wir mit Ihnen besprechen und diskutieren,

damit zum Entwurf 2024 in 12 Monaten eine wie auch immer aussehende Lösung auf dem Tisch liegt.

Sofern diese Lösung Haushaltssicherungskonzept heißt, bedeutet das auch, dass keine neuen freiwilligen Leistungen genehmigt werden, sofern nicht eine Gegenfinanzierung vorliegt.

Und wir diskutieren nicht mehr darüber, wie eine Leistung umgesetzt wird – sondern ob die Leistung überhaupt umgesetzt wird.



Bei Investitionen in Höhe von insgesamt 41,28 Mio. € in 2023 ist eine Kreditaufnahme in 2023 von rd. 22,7 Mio. € erforderlich.

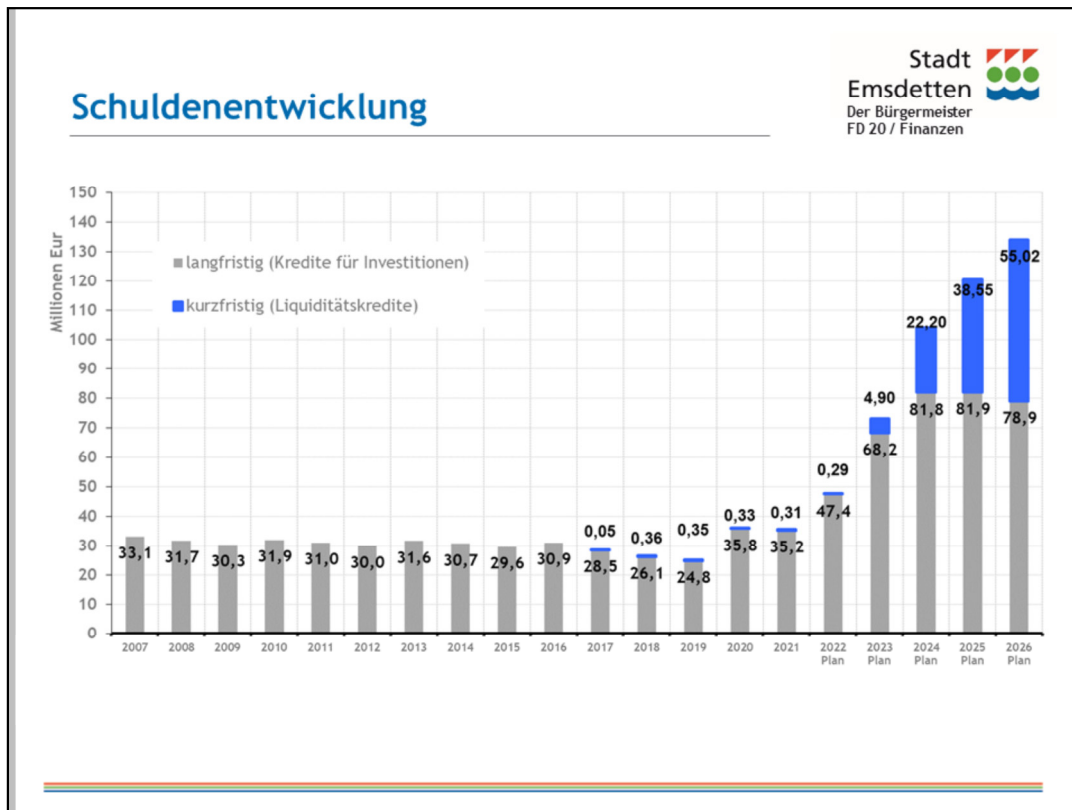
Eine Entscheidung, eine solche Verschuldung einzugehen, kann man treffen, aber

- diese muss gut abgewogen werden und
- sollte generationengerecht sein und
- letzten Endes entscheiden dann Sie im Rat mit dem Beschluss über den Haushaltsplan über die Höhe der Verschuldung.

Verschieben sich Investitionen, verschiebt sich auch die Kreditaufnahme.
Fallen Investitionen weg, entfällt auch die dazugehörige Kreditaufnahme.

An dieser Stelle ein kurzer Hinweis: Die Beschlussvorlagen werden im Teil „Finanzielle Auswirkungen“ um die Angaben zu Abschreibungen und Schuldendienst ergänzt werden. Wir müssen das stärker in den Focus nehmen, weil ich der Auffassung bin, dass Sie wissen müssen, welche unmittelbaren Folgekosten durch Investitionen zukünftige Haushalte belasten.

Die Schulden entwickeln sich dann wie folgt:



Die Grafik beginnt mit dem Jahr 2007.

Daran wird deutlich, dass wir viele Jahre – bei zum Teil erheblichen Investitionen - die Verschuldung deckeln und sogar bis 2019 deutlich zurückfahren konnten, auch weil die Steuereinnahmen dies auch oft ermöglicht haben.

Allerdings benötigen wir in der jetzigen Planung die Steuereinnahmen für den „normalen“ laufenden Betrieb

Und sie stehen deshalb nicht mehr für die Finanzierung von Investitionen und schon gar nicht für außerplanmäßig Schuldentilgung zur Verfügung.

Zusammenfassung 2023

- **Ergebnisplan defizitär mit rd. - 23,1 Mio. €**
- **Investitionsvolumen rd. 41,3 Mio. €**
- **Kreditaufnahme rd. 22,7 Mio. €**
- **Liquiditätsverlust rd. 24 Mio. €**
- **Haushalt 2023 ist dennoch genehmigungsfrei**

Lassen Sie mich die wesentlichen Punkte kurz zusammenfassen.

Der Haushaltsplan ist extrem defizitär,
Investitionen von rd. 41 Mio. € sind eingeplant und für deren Finanzierung sind
rd. 22,7 Mio. € Kreditaufnahmen erforderlich.

Liquiditätsverlust beträgt rd. 24 Mio. €

ABER trotz allem:

Der Haushalt 2023 ist damit defizitär – aber genehmigungsfrei.

Und ich bin sicher, dass wir es gemeinsam hinbekommen, dass das auch so bleibt.

Ich wünsche Ihnen und uns gute und erfolgreiche Beratungen – und schöne Ferien.

**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**
